Zeitschrift: Die Kette : Schweizerisches Magazin für Drogenfragen

Herausgeber: Die Kette, Dachverband der privaten therapeutischen Einrichtungen in der Drogenhilfe der Region Basel

Band: 15 (1988)

Heft: 4

Artikel: Drogenpolitik und Drogenhilfe : neue Wege zeichnen sich ab

Autor: Hagemann, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-799773

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Drogenpolitik und Drogenhilfe: Neue Wege zeichnen sich ab

Ansätze zur Konkretisierung: ein Überblick

von Peter Hagemann

Ansätze und Wege zu einer neuen Drogenpolitik und -hilfe konkretisieren sich. An einigen Orten der Schweiz sind Projekte in Diskussion, Planung oder bereits angelaufen, welche Hilfeleistungen nicht mehr mit der Forderung nach Abstinenz verknüpfen. Einzelne Kantone haben eine neue Drogenpolitik formuliert, in anderen formieren sich Kräfte dazu. Und auf Bundesebene sind mehrere Vorstösse zu einer Liberalisierung der Drogenpolitik hängig, jüngst ergänzt durch einen Vorstoss der Berner Kantonsregierung. Im folgenden, im Sinne eines Überblicks und ohne Anspruch auf Vollständigkeit, ein Pressespiegel der vergangenen drei Monate, der zeigt, dass tatsächlich einiges in Fluss geraten ist. Doch scheinen die getroffenen Massnahmen, etwa in Zürich, noch immer als Tropfen auf den heissen Stein. So leben in der Zürcher Platzspitzanlage 600 abhängige, teilweise schwerkranke Menschen ohne Obdach, insgesamt 2000 Abhängige frequentieren täglich den Park*. Die Stadt Zürich stellt dagegen, um ein Beispiel zu nennen, 40 Notschlafplätze zur Verfügung. Angesichts dieser Not erhebt sich, noch zögernd zwar, aber zunehmend vernehmbar, der Ruf nach Notmassnahmen vor Ort, nach Massnahmen der Katastrophenhilfe. Die Zürcher Arbeitsgemeinschaft für Jugendfragen (ZAGJP) etwa hat mit ihrer „Humanitären Aktion" vom November dafür ein Signal gesetzt.

***gemäss einem Bericht des Schweizer Fernsehens, Schirmbild vom 17.11.88**

In **Bern** hat der Regierungsrat des Kantons in einem Brief vom September an die "Getreuen, lieben Eidgenossen" im Schweizerischen Bundesrat eine **Revision der Betäubungsmittelgesetzgebung gefordert.** Straffreiheit für Drogenkonsum, die Legalisierung von Cannabisprodukten, Verstärkung der Drogenhilfe und der interkantonalen Koordination stehen dabei im Mittelpunkt. Der Berner Regierungsrat folgt damit einer Linie, wie sie im wesentlichen auch vom Verein Schweizerischer Drogenfachleute (VSD) vertreten wird. Er weist in dem Schreiben darauf hin, dass sich seit der Revision des Betäubungsmittelgesetzes im Jahre 1975 die von Richtern ausgesprochenen Strafjahre für Betäubungsmitteldelikte mehr als verzehnfacht haben. Damit sehe sich der Strafvollzug vor harte Belastungsproben gestellt, die damals gewünschte präventivabschreckende Wirkung werde aber nicht erreicht – im Gegenteil: die Zahl der drogenabhängigen Menschen nehme zu. Die strafbaren Handlungen gemäss Betäubungsmittelgesetz sollen deshalb eingeschränkt, die Strafrahmen herabgesetzt werden. Gefordert werden weiter wirksame Präventivmassnahmen sowie vermehrte Unterstützung der Drogenhilfe. Damit setzt der Kanton Bern, wo erstmals Projekte ohne Abstinenzforderung realisiert wurden, seine Pionierrolle in der Drogen politik der Kantone fort.

* * *

Ebenfalls in **Bern,** wo mit dem vom Berner „Contact" betriebenen Café mit Fixerraum und anderen nicht-abstinenzorientierten Hilfen die Überlebenshilfe teilweise bereits etabliert ist, soll unter der Bezeichnung „Nacht(t)tisch" eine weitere Anlaufstelle für Obdachlose und suchtgefährdete Menschen eröffnet werden. Diese Hilfe soll in einem Bus in der Nähe des Bahnhofs jeweils von 24 Uhr an bis in die frühen Morgenstunden zur Verfügung gestellt werden. Das Projekt wird zur Zeit in der Stadtverwaltung noch geprüft. Im Bus soll auch in beschränktem Mass Verpflegung angeboten werden. Die Initianten, Sozial-, Gassen- und Jugendarbeiter/innen, die auf die dauernde Überbelegung der Berner Notschlafstelle hinweisen, erhoffen sich eine möglichst „gemischte" Kundschaft (Berner Zeitung 30.9.88).

* * *

Unter dem Titel **„Engagierte Überlebenshilfe"** spricht die Zürcher NZZ von einem „ausgewiesenen Bedürfnis für **Zürichs Drogenmassnahmen"** und hat dabei das vor Jahresfrist vom Zürcher Stadtrat verabschiedete Massnahmenpaket im Auge, mit dem die Abkehr von einer rein abstienz-orientierten Drogenhilfe konkret vollzogen worden ist, und deren einzelne Massnahmen nun Schritt für Schritt – und oft gegen Widerstände – verwirklicht werden. Wie der Zürcher Stadtpräsident Thomas Wagner in einem Interview gegenüber der Zürichseezeitung ausführte, hat sich in Zürich nun definitiv die **Auffassung durchgesetzt,** dass **Überlebenshilfe** für Drogenabhängige **am Platz** sei; **keinen Platz** findet in der neuen Zürcher Drogenpolitik allerdings nach wie vor die Möglichkeit zur Errichtung von **geschützten Räumen,** in denen **Drogen** (Heroin) **appliziert** werden können („Fixerraum"). Im September nun wurde die dritte Anlaufstelle für Drogenabhängige im Kreis 5 eröffnet – wiederum, wie die bisherigen Anlaufstellen, in einem umgebauten Bus. Ab 1. November stellt das Sozialamt in zwei Containern 20 Notschlafplätze für Obdachlose zur Verfügung und verdoppelt damit die Anzahl der verfügbaren Plätze. Mit zwei Job-Bussen will das Sozialamt zudem Drogenabhängige wenigstens teilzeitlich zur Arbeit motivieren. Die mobilen Arbeitsvermittlungsstellen werden jeweils am morgen beim Landesmuseum plaziert, arbeitswillige Abhängige anschliessend für begrenzte Einsätze an den Arbeitsort geführt. Ab Dezember soll das Stadtzürcher Krankenzimmer für Obdachlose (KFO) an der Kanonengasse nach einer Betriebspause den erweiterten Betrieb aufnehmen; die vier KFO-Stellen wurden auf 11,5 aufgestockt (Versuchsbetrieb bis 1990). Die Zürcher Arbeitsgemeinschaft für Jugendprobleme ZAGJP führt im November auf dem Platzspitz an Ort und

Stelle eine Aktion medizinischer Basisversorgung durch und will damit Signale setzen für die definitive Einrichtung einer solchen ambulanten medizinischen Betreuung (s.unten). Die Gassenarbeit von ZAGJP erhält zudem künftig mehr Gelder aus kirchlichen Kreisen. Trotz dieser Massnahmen, die offensichtlich noch nicht genügen oder noch nicht genügend greifen, verschärft sich die Situation auf dem **Platzspitz,** dem aktuellen Zürcher Drogentreff, weiter. **Obdachlosigkeit und Aids** haben dort zu einer **katastrophalen Situation** geführt. Mehrere hundert abhängige Menschen halten sich dort täglich auf, zunehmend wird im Park auch gewohnt und geschlafen. Manche verlassen den Platzspitz allenfalls noch zur Beschaffung von Mitteln für die Droge. Ärzte bezeichnen den **Gesundheitszustand** der obdachlosen Abhängigen als **bedenklich,** und Sozialarbeiter/innen befürchten, dass das Angebot an Notschlafplätzen im Winter trotz allem nicht ausreichen wird (NZZ 1. u. 25.10., Zürichsee-Zeitung 21.9., TA 7., 23. u. 27.9., Berner Tagwacht 15.9.).

* * *

Vom 4.–18. November hat die Zürcher **Arbeitsgemeinschaft für Jugendprobleme** (ZAGJP) eine Aktion **„Humanitäre Hilfe auf dem Platzspitz"** durchgeführt. Während dieser Zeit wurde dort jeweils zwischen 17 und 19 Uhr eine minimale **medizinische Versorgung** für Drogenabhängige angeboten; dies in Zusammenarbeit mit Ärzten, der Hauskrankenpflege Altstadt und freiwilligem Pflegepersonal und unterstützt von der Sektion Zürich des Schweizerischen Roten Kreuzes. Verbunden ist die Aktion der ZAGJP mit der Hoffnung, dass weitere Schritte folgen werden und dass ein „zu mehr Kontinuität befähigter Träger möglichst rasch unser Anliegen aufnimmt und die dringendst notwendige medizinische Versorgung längerfristig anbieten wird" (ZAGJP, Zeltweg 21, 8032 Zürich, Tel.01/69 47 48).

* * *

Ein Grobkonzept für eine **Krisenwohngruppe** vorwiegend für junge Menschen mit Suchtproblemen hat die Gemeinschaft Arche in Zürich/Bülach im September in einem Rundbrief vorgestellt. Angesprochen werden sollen damit „Jugendliche und junge Erwachsene im ungefähren Alter von 18 bis 28 Jahren in Krisensituationen, bei denen ambulante Beratung und Betreuung nicht genügen und bei denen es darum geht, eines oder mehrere Lebensfelder vorübergehend zu ersetzen oder neu zu gestalten. Abstinenz wird dabei nicht von vorneherein zur Bedingung der Aufnahme gemacht, aufgenommen werden sollen auch Methadonbezüger/innnen. Die Aufenthaltsdauer soll dabei von wenigen Tagen bis zu höchstens sechs Monaten betragen. Realisiert werden konnte das Projekt bisher vor allem **mangels geeigneter Räumlichkeiten** nicht (Konzept bei: Gemeinschaft Arche, Langstrasse 6, Postfach 693, 8026 Zürich, Tel.01/242 11 20).

* * *

Nachdem nun in **St. Gallen** ein **Fixerraum** eingerichtet werden soll (vgl.kette 3/88), wird auch vom **Winterthurer Stadtrat** die Schaffung einer solchen Einrichtung geprüft. Weiter soll in Winterthur eine **Notschlafstelle,** vorwiegend für drogenabhängige und zunehmend auch aids-betroffene Menschen errichtet werden. Damit dürften sich in absehbarer Zeit auch die Leiter/innen des Jugendhauses in Winterthur entlastet sehen, denen das Problem unter den Nägeln brennt: sie sehen sich zur Zeit und angesichts des kommenden Winters zunehmend von der Betreuung drogenabhängiger Menschen und der Hilfe bei der Schlafstellensuche zunehmend überlastet. An einer Veranstaltung der VPOD-Sozialplattform wurden zudem im vergangenen Oktober eine Tagesstruktur, eine Aids-Sprechstunde sowie Gassenarbeit gefordert, die näher beim Süchtigen ansetzt. Auch im **Zürcher Oberland** nehmen die Probleme mit der **Verelendung** und **Obdachlosigkeit** von Drogenabhängigen zu. „Wir haben Angst vor dem nächsten Winter", sagen dazu Mitarbeiter/innen des Drop-In Zürcher Oberland in Wetzikon. Allein in Uster leben nach Schätzungen 150 bis 200 Heroinabhängige, von denen im letzten Jahr 56 das Drop-In aufgesucht haben. Eine **Notschlafstelle,** so Drop-In Arzt Peter Frey, ist geplant, **scheitert** aber bisher vorwiegend an der **Frage der Räumlichkeiten** (Tages Anzeiger 24.8., Zürichsee Zeitung 23.9., Landbote 14.10., Zürcher Volksrecht 31.10.88).

* * *

Auch in **Basel** nehmen Projekte der an Überlebenshilfe statt an Abstinenz orientierten Drogenhilfe konkrete Formen an; dies vorwiegend auf der Basis privater Initiative und, von staatlicher Seite, vor allem via Liberalisierung der Methadonabgabe. Eine von der ökumenischen Lebensgemeinschaft Friedensgasse betriebene **Gassenküche** wird nun erstmals den ganzen Winter hindurch in Betrieb sein. Das Projekt **IGAM, eine Arbeitsprojekt für Methadonbezüger/innen,** ist bereits angelaufen. IGAM wird betrieben von einer Interessengemeinschaft verschiedener Einrichtungen der privaten Drogenhilfe und koordiniert von der Oekumensichen Genossenschaft Arbeitshilfe (OeGA). Das Projekt bietet, in einer dreistufigen Gliederung mit steigenden Ansprüchen, Methadonbezüger/innen Arbeitsmöglichkeiten an. IGAM, im vergangenen September angelaufen, ist für die ersten 11 Plätze bereits ausgebucht; es besteht eine Warteliste. Weiterhin befindet sich in Basel ein **Krankenzimmer** im Planungsstadium, und die Chancen zur Verwirklichung eines **Gassenzimmers** haben sich jüngst wieder beträchtlich erhöht, nachdem ein erster Anlauf dazu im vergangenen Frühjahr an Kompetenz- und Organisationsfragen gescheitert war. Sowohl an der Planung des Krankenzimmers als auch an derjenigen des Gassenzimmers ist das Basler Justizdepartement direkt bzw. indirekt mitbeteiligt. Ein gänzlich aus privater Initiative entstandenes Projekt wird Ende Januar 1989 seinen Betrieb aufnehmen: das **"Haus Gilgamesch"** wird pflegebedürftigen bzw. aidsbetroffenen Drogenabhängigen in einem eigens dazu renovierten Haus eine **Pensionsmöglichkeit** zur Verfügung stellen – ohne dieses Hilfsangebot mit der Forderung nach Abstinenz zu verknüpfen. Der Basler Grosse Rat wird im Januar die finanziellen Konsequenzen des Projektes noch zu genehmigen haben, doch sind dabei die Aussichten auf eine wohlwollende Behandlung, so Projektleiter Peter Merz, gut. Gilgamesch wird getragen von der Stiftung für Sucht- und Jugendprobleme, ein Mitglied des Dachverbandes DIE KETTE; die Stiftung betreibt seit längerer Zeit die therapeutische Gemeinschaft Chratten im solothurnischen Oberbeinwil (vgl. Bericht in dieser Ausgabe) (BaZ 12.11.88 /die kette).

* * *

Medienfutter für die Basler Zeitungen in jüngster Zeit auch dank einer **Schelte** der **grossrätlichen Prüfungskommission** an die Basler Regierung; die Prüfungskommission wirft der Regierung partielle **Handlungsunfähigkeit** vor, von der auch die Entwicklungen in der Drogenpolitik betroffen seien. Im Hintergrund finden sich dazu Polarisierungen infolge politischer Differenzen. Die Prüfungskommission zeigt sich dabei „äusserst beunruhigt über die **uneinheitlichen Auffassungen** bei den involvierten Stellen". Gestritten wurde in Basel auch darüber, ob ein Drogenkonzept überhaupt vorhanden sei; es gibt eines – es entstammt dem Jahr 1979 und portiert unter anderem veraltete Forderungen, wie etwa jene nach der Zwangstherapie für nicht-motivierte Drogenabhängige. Neue Konzeptionalisierungen unter Einbezug der seither erfolgten Entwicklungen sind deshalb fällig (Basler Zeitung 11. u. 26.10., 12.11.88).

* * *

In **Luzern** ist im vergangenen November an einer vom Drogenforum Innerschweiz (DFI) organisierten Veranstaltung ebenfalls der Ruf nach einer neuen Drogenpolitik laut geworden.

* * *

Trotz all dieser Entwicklungen **lehnt** vorerst noch eine **Mehrheit** der Schweizer Bevölkerung eine Liberalisierung der Drogenpolitik **ab** – die Schweizer und Schweizerinnen scheinen skeptisch zu sein vor allem auch gegenüber einer Legalisierung der weichen Drogen. Gemäss einer von der Genfer Tageszeitung „La Suisse" veröffentlichten Umfrage sprechen sich 57,5% der Deutschschweizer/innen und 71,6% der Westschweizer/innen gegen die Legalisierung von Cannabisprodukten aus. Eine Umfrage von „La Suisse" bei Behördenvertretern hat zudem ergeben, dass diese Zurückhaltung in der Westschweiz auch auf offizieller Ebene geteilt wird. Der Vorsprung einer ablehnenden Mehrheit in der Bevölkerung ist allerdings nicht mehr so gross, und in **Basel,** bekannt als in sozialen Fragen liberal, sind die **Haltungen** schon **gekippt:** eine im Auftrag der Basler Zeitung durchgeführte repäsentative Umfrage kommt zum Ergebnis, dass eine Mehrheit der Befragten **für** eine liberalere Drogenpolitik eintritt. 39% sprechen sich dabei für eine Teilentkriminalisierung aus, gegenüber 25%, die eine Verschärfung der Strafen wollen. Vornehmlich ältere Menschen und Einwohner der Agglomeration (35%), wollen die Dinge so lassen, wie sie sind (Basler Zeitung, 17.10. und 2.11.88).